

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 09.10.2018

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher
Frau Gorsler stellv. Vorsitzende
Herr Kaufmann
Herr Pieplau
Frau Weißenfeld

CDU

Herr Copertino
Herr Hüsemann
Herr Jung (bis 19.00 Uhr)
Frau Schellong (ab 19.00 Uhr)
Herr Wasyliv
Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller
Herr Hood Vorsitzender
Frau Osei

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic Integrationsrat
Frau Huber Seniorenrat
Herr Klein Psychiatriebeirat (bis 19.45 Uhr)
Herr Teutrine FDP-Gruppe
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr P.-M. Müller
Frau Dr. A. Klein
Herr Niekamp

Herr Linnenbürger

Dezernat 5
Dezernat 3
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Amt für Schule
Amt für Schule -Bildungsbüro-
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Stab Dezernat 5

Gäste:

Frau Hopster
Herr Dr. Stolz
Herr Gauls

AGW
CVUA OWL
Ambulante Suchthilfe Bethel

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form-und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 04.09.2018

- abgesetzt -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Erarbeitung von Richtlinien zu Kosten der Unterkunft (KdU)

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass in den nächsten Tagen ein erster Termin mit dem Gutachter statfinde, der auch bei der Erstellung des Mietspiegels einbezogen sei. Die Verwaltung habe das ehrgeizige Ziel, mit Unterstützung des Gutachters bis 31.12.2018 neue KdU-Richtlinien erarbeitet zu haben. Geplant sei, im November 2018 einen Zwischenbericht abzugeben und in einer evtl. im Dezember stattfindenden SGA-Sondersitzung die neuen KdU-Richtlinien vorzustellen.

Nach Absprache mit der Verwaltung schlägt Vorsitzender Herr Hood eine Sondersitzung am Mittwoch, den 19.12.2018, 17:00 Uhr, vor.

Die anwesenden Ausschussmitglieder erheben keine Einwände.

Zu Punkt 2.2 Sitzungstermine 2019

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Übersicht der SGA-Sitzungen in 2019 und den als Tischvorlage verteilten Gesamtplan, in dem auch alle Sitzungen der Beiräte (Beirat für Behindertenfragen, Seniorenrat und Psychiatriebeirat) aufgeführt seien (**Anlage 1**).

Zu Punkt 2.3 Bielefelder Wegweiser Selbsthilfegruppen Seelische Gesundheit "Ich fühl mich...,aber wie?!"

Beigeordnete Frau Ritschel verweist im Auftrag der Kommunalen Ge-

sundheitskonferenz (KGK) auf eine Broschüre Selbsthilfegruppen zum Thema „Seelische Gesundheit“.

Zu Punkt 2.4 Fachtagung zu Geflüchteten im SGB II-Langzeitleistungsbezug am 15.11.2018

Vorsitzender Herr Hood verweist auf eine Veranstaltung des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld zum Projekt Hêvî am 15.11.2018, von 9.30 - 16.00 Uhr, im Historischen Saal der Ravensberger Spinnerei. Die Einladung sei bereits im Vorfeld der Sitzung per Mail an die Mitglieder versandt worden.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Aufwendungen für Bildungs- und Teilhabeleistungen (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.10.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7424/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood weist auf die Antwort der Verwaltung hin, die als Tischvorlage verteilt worden sei (**Anlage 2**).

Frau Bußmann bedankt sich für die Antwort. Aufgrund der sehr geringen Inanspruchnahme von Leistungen für die soziale und kulturelle Teilhabe sehe sie sich in ihrer Einschätzung bestätigt, dass das verkündete Ziel des Bildungs- und Teilhabepaketes verfehlt werde.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass Bielefeld bei der Nutzung des Teilhabepaketes im Landesvergleich eine ordentliche Position innehat. Die Inanspruchnahme der Leistungen sei vom Nachfrageverhalten der Leistungsberechtigten abhängig. Er räumt ein, dass das Antragswesen nicht optimal sei und Vereinfachungsmöglichkeiten geprüft würden.

Herr Weber merkt an, dass für ihn die Interpretation der Fraktion Die Linke nicht nachvollziehbar sei. Unabhängig davon erinnert er an die bereits seit Beginn der Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes gestellten Forderungen der Politik an die Verwaltung, das Verfahren auf kommunaler Ebene deutlich zu vereinfachen. Diese Forderung bestehe auch weiterhin.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1

Verwendung von nichtverbrauchten BuT-Mitteln der REGE (Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen aus der SGA-Sitzung am 04.09.2018 zu TOP 11.3.1) -Punkte 2 und 3 des Antrages

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7228/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood erinnert an die SGA-Sitzung am 04.09.2018, in der von den ursprünglichen 95.000 € BuT-Restmitteln die Verwendung von 35.000 € beschlossen worden sei. Die Beschlussfassung über die verbleibenden 60.000 € sei, aufgrund bestehenden Beratungsbedarfes, verschoben worden.

Auf Nachfrage stellt Vorsitzender Herr Hood fest, dass kein weiterer Beratungsbedarf besteht.

Der SGA fasst sodann folgenden

Beschluss:

Der SGA beschließt zu Produktgruppe 11.05.06 REGE mbH:

Die REGE mbH wird beauftragt, aus den ihr zur Verfügung stehenden Restmittel BuT in Höhe von 60.000 Euro (vgl. Drs.-Nr.: 6403 vom 21.03.2018) folgende Maßnahmen zu finanzieren:

- 1. Einrichtung von „Sachmittelkisten“ an allen 26 Grundschulen mit BuT-Sozialarbeit im Umfang von insgesamt 30.000 Euro.**
- 2. Die restlichen Mittel in Höhe von 30.000 Euro verbleiben als Rücklage bei der REGE mbH.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Haushaltsberatungen 2019: Antrag eines freien Trägers (Antrag der Psychologischen Frauenberatung e. V., eingebracht am 04.09.2018 von der CDU-Fraktion)

Vorsitzender Herr Hood erinnert an die in der letzten Sitzung geführte Diskussion über den eingereichten Antrag der Psychologischen Frauenberatung e. V..

Er verweist auf die Antwort der Verwaltung (**Anlage 3**) und einer zusätzlichen Antragsbegründung der Psychologischen Frauenberatung e. V.. Beide Dokumente seien den SGA-Mitgliedern im Vorfeld der Sitzung per Mail übermittelt worden.

(Anmerkung der Geschäftsführung: Aufgrund von betriebsinternen Daten hat die zusätzliche Antragsbegründung einen Nichtöffentlichkeitsstatus erhalten).

Beigeordneter Herr Nürnberger macht deutlich, dass die finanzielle Not-

lage des Trägers sichtbar geworden sei. Das bestehende Angebot müsse verstärkt unterstützt werden, weil sonst die Gefahr bestehe, dass der Träger es nicht halten könne. Für eine Übergangszeit in 2019 erscheint die beantragte Hilfestellung sinnvoll, langfristig müsse die Fortführung im Rahmen der Diskussionen über die Leistung- und Finanzierungsvereinbarungen erörtert werden.

Fragen von Seiten des Ausschusses bestehen nicht mehr.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Hood fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Antrag der Psychologischen Frauenberatung e. V. zu. Es werden für das Jahr 2019 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 20.000 € bewilligt.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die zusätzlichen Mittel für das Jahr 2019 im Rahmen des Haushaltsvollzuges bereit zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.3

Erleichterung des Zugangs zu BuT-Mitteln (gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 26.09.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7395/2014-2020

Herr Holler-Göller bringt den gemeinsamen Antrag ein und begründet ihn mit der hohen Anzahl von Kindern, die in SGB II-beziehenden Familien leben. Mit einer Reduzierung der bürokratischen Hürden, solle eine höhere Inanspruchnahme vorangebracht werden. Aufgrund der hohen Anzahl von Antragsformularen seien bildungsferne Familien oft überfordert und benötigten die Unterstützung der Schulsozialarbeiter. Bei einer eventuellen Reduzierung der Formularanzahl könne dies bereits zu einer Entlastung der Schulsozialarbeit führen.

Für Herrn Weber stellt der Inhalt des Antrags keine Neuheit dar, er erhoffe sich größere Effekte als in früheren Jahren und werde dem Antrag deshalb zustimmen.

Frau Gorsler äußert sich erfreut über die Zustimmung zum Antrag und erhofft sich die Schaffung eines niedrigschwelligen Angebotes, dass die Nutzung der Leistungen selbstverständlicher mache.

Herr Gugat weist darauf hin, dass bei der Konzeptentwicklung auch die datenschutzrechtlichen Belange berücksichtigt werden müssten.

Im Namen der AGW äußert sich Frau Hopster erfreut über den Antrag. Sie macht deutlich, dass die Gewährung von Bundes- und Teilhabeleistungen bundesweit das einzige Modell sei, dass verwaltungsseitig ge-

nauso hohe Kosten verursache, wie an die leistungsberechtigten Hilfebedürftigen ausgegeben werde.

Frau Bußmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Gugat und Frau Hopster an und begrüßt die Bestrebungen, die Verwaltungskosten zu reduzieren und somit den zur Verfügung stehenden Betrag für die Hilfebedürftigen zu erhöhen. In diesem Zusammenhang bekräftigt sie ihre Forderung nach der Erhöhung der Regelsätze für Kinder.

Beigeordneter Herr Nürnberger äußert sein Verständnis für die Kritik an dem hohen verwaltungsseitigen Aufwand. Er führt aus, dass für die Antragsbearbeitung ein eigenes Team vorgehalten werde, ein erheblicher Anteil der Schulsozialarbeit und auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kitas. Er versichert, dass die Verwaltung jede mögliche Flexibilität anbieten werde, aber es gebe auch gesetzliche Vorgaben, die umgesetzt werden müssten.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, durch welche Konzepte eine unbürokratischere Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets für Bielefeld möglich ist.

Die Ergebnisse sind dem Sozial- und Gesundheitsausschuss bis zum Ende des Jahres vorzustellen. Ziel ist es, eine Lösung analog der YouCard in Hamm oder der Münsterlandkarte in Münster auch in Bielefeld einzuführen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Jahresbericht 2017 des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes OWL (CVUA)

Herr Dr. Stolz stellt die Arbeit des CVUA OWL anhand des Jahresberichtes 2017 exemplarisch vor und informiert über aktuelle Tierkrankheiten **(Anlage 4)**.

Einige Druckexemplare des Jahresberichtes 2017 werden von Beigeordneter Frau Ritschel verteilt. Auf der Homepage des CVUA OWL

<https://cvua-owl.de/service/veroeffentlichungen/jahresberichte/156-cvua-jahresbericht-2017>

ist der Bericht ebenfalls einsehbar.

Zu Fragen von Herrn Brücher, Herrn Gugat, Vorsitzendem Herrn Hood, Herrn Holler-Göller und Frau Bußmann führt Herr Dr. Stolz u. a. aus, dass das CVUA im ständigen Austausch mit den Lebensmittelüberwachungsämtern stehe. Diese würden über erzielte Untersuchungsergebnisse informiert und ständen durch ihre regelmäßigen Betriebskontrollen im Austausch mit den entsprechenden Betreibern. Das CVUA sei nur dafür zuständig, den Lebensmittelüberwachungsämtern rechtlich fundierte und haltbare Untersuchungsergebnisse zu liefern. Die Verbreitung von Informationen stehe in der Verantwortung der örtlichen Überwachungs-

ämter.

Beigeordnete Frau Ritschel sagt zu, dass das Lebensmittelüberwachungsamt Daten und Fakten für Bielefeld zusammenstellen und als kurze Information für eine der nächsten Sitzungen des SGA darstellen werde. Um die Bevölkerung für einen guten und hygienisch einwandfreien Umgang mit Lebensmitteln auch im privaten Bereich zu sensibilisieren, könne ggf. eine Aktion mit der Verbraucherzentrale angedacht werden.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Bericht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6

Internet-, PC- und Glücksspielsucht

Herr Gauls berichtet über die Entwicklungen im Bereich der Internet-, PC- und Glücksspielsucht und deren körperliche Auswirkungen auf die Betroffenen (**Anlage 5**). Diese Sucht sei nicht nur ein Phänomen unter Jugendlichen. Ein großer Teil der 40 – 50jährigen sei ebenfalls betroffen. Bei den sog. Ballerspielen agiere man als Teil einer Gruppe und erfahre unverzüglich eine Rückmeldung auf sein Spielverhalten. Dies stelle eine echte Befriedigung für die Nutzer dar. In der Beratungsstelle sei ein besonders hoher Motivationsaufwand notwendig, um den Personenkreis zu einer Verhaltensänderung zu motivieren. Im Vergleich zu anderen Süchten dauere es fünfmal so lange und trotzdem herrsche ein hohes Abbruchrisiko. Habe man die Menschen erreicht, gingen 50 % von ihnen auch erfolgreich in die Behandlung. Auch bei den Angehörigen herrsche ein hoher Beratungsbedarf.

Die in den Glücksspielstaatsvertrag gesetzten Hoffnungen seien seiner Ansicht nach bisher nicht erfüllt worden. Die Anzahl der Spielautomaten habe sich bisher nicht reduziert.

Beigeordnete Frau Ritschel führt dazu aus, dass sich die Stadt Bielefeld durchaus im Rahmen eines Konzeptes mit den Spielhallenkonzessionen, Maßregelungen und dem Jugendschutz beschäftigt habe. Derzeit gebe es in Bielefeld 53 Spielhallen von denen 28 bereits eine Erlaubnis hätten. Gegen die 19 erteilten Ablehnungen seien Klagen erhoben worden. Der sofortige Vollzug wurde allerdings nicht angeordnet. Das Verwaltungsgericht habe signalisiert, dass erste Urteile im November 2018 erwartet würden. Insgesamt stimmt sie Herrn Gauls allerdings in seiner Auffassung zu, dass in der Sache faktisch kaum etwas erreicht worden sei.

Zu Fragen von Herrn Pieplau, Herrn Gugat, Herrn Klein, Herrn Brücher, Herrn Copertino, Herrn Holler-Göller und Beigeordnetem Herrn Nürnberger führt Herr Gauls u. a. aus, dass er die Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages und Spielersperren für wichtig halte. Es gebe einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Szene, wobei hier nicht der Migrationshintergrund der Grund für die Sucht sei, sondern eher das Fehlen einer Berufsausbildung und eine damit verbundene Perspektivlosigkeit. Bei diesem Personenkreis sei allerdings eine hohe Erfolgsquote bei der Beratung zu verzeichnen.

Im Frühjahr 2018 habe er ein neues übergeordnetes Forum gegründet, an dem 80 Personen teilgenommen hätten. Es waren Vertreterinnen und Vertreter der Jugendhilfe, von Ärzten insbes. Kinderärzte, der Kinder- und Jugendpsychotherapeuten und der Erziehungsberatungsstellen anwesend. Mit dieser Plattform solle ein Austausch über den Umgang mit diesem Suchtphänomen ermöglicht werden.

Politisch müsse für den Bereich des Glücksspiels auf Bundesebene gehandelt werden.

Aus kommunaler Sicht informiert Herr Niekamp über die Gründung der Arbeitsgruppe „Glücksspielsucht und Sport“. Hintergrund seien Hinweise des Fußball- und Leichtathletikverbandes, nach denen bereits Kinder in den Spielzeitpausen online-Wetten abschließen. Daraufhin seien alle Bielefelder Vereine zu einer Fachveranstaltung eingeladen worden, zu der aber leider keiner erschienen sei. Zu befürchten sei, dass die Kinder im sehr jungen Alter für online-Spiele „angefüttert“ würden und sich das Problem mit fortschreitendem Alter noch verstärke. Die Arbeitsgruppe bemühe sich nun, über die Sportverbände den Baustein „Suchtprävention“ in die Trainerausbildung implementieren zu lassen.

Beigeordnete Frau Ritschel erinnert daran, dass der Glücksspielstaatsvertrag seit 2012 gelte; aufgrund der enthaltenen Regelung allerdings eine fünfjährige Übergangsfrist vom Gesetzgeber eingeräumt worden sei. Hierüber habe die Verwaltung den SGA im November 2017 im Rahmen einer Informationsvorlage informiert.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Berichterstattung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7

Bebauungsplan Wohnen Petristr. / Hakenort – Beschluss der BV Mitte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7394/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Beschlussfassung der BV Mitte.

Beigeordneter Herr Nürnberger merkt an, dass aufgrund der Kürze der Zeit noch keine Stellungnahme der Verwaltung abgegeben werden könne. Er weist darauf hin, dass dieser Stadtteil relativ gut mit sozialen Einrichtungen ausgestattet sei. Er sagt zu, dass in einer der nächsten Sitzungen eine schriftliche Stellungnahme vorgelegt werde.

Herr Brücher und Herr Holler-Göller beantragen eine Vertagung. Herr Holler-Göller fordert in diesem Zusammenhang die beabsichtigte Wohnbebauung im Vordergrund zu lassen.

Herr Weber fordert die Verwaltung auf, in ihrer Stellungnahme eine gesamtstädtische Betrachtung zu Grunde zu legen und dabei auch die Kostenentwicklung zu bewerten.

Zusammenfassend formuliert Vorsitzender Herr Hood folgenden Auftrag an die Verwaltung:

Der SGA beauftragt die Verwaltung, den Bestand der sozialen Einrichtungen in diesem Quartier zu eruieren und gesamtstädtisch zu betrachten. Über die Ergebnisse soll der SGA in einer der nächsten Sitzungen im Rahmen einer Informationsvorlage unterrichtet werden. So solle eine fundierte Auseinandersetzung der Politik mit diesem Thema ermöglicht werden.

Ein Bürgerdialog wird zunächst nicht durchgeführt. Der SGA werde sich nicht in das Bebauungsplanverfahren einmischen.

Die Ausschussmitglieder haben keine Einwände und stimmen dem Vorschlag des Vorsitzenden zu.

Zu Punkt 8

Weiterfinanzierung des zusätzlichen Einsatzes von Schulsozialarbeit in Schulen mit "Internationalen Klassen" (Sprachfördergruppen) gem. RdErl. des MSW vom 28.06.2016, BASS 13-63 Nr. 3)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7060/2014-2020

Herr Müller erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Er weist darauf hin, dass sich der Schul- und Sportausschuss zeitgleich mit der Beschlussvorlage befasse. Eine Entscheidung liege noch nicht vor.

Vorsitzender Herr Hood erinnert in diesem Zusammenhang an eine Vereinbarung, dass die Verwaltung über die Situation der gesamten Schulsozialarbeit in Bielefeld informiert. Er hätte sich gewünscht, im Zusammenhang mit der vorliegenden Beschlussvorlage auch diesen Bericht zu erhalten, um so das Thema Schulsozialarbeit in seiner gesamten Bandbreite betrachten zu können. Auch für die im nächsten Jahr anstehenden Verhandlungen über die Verlängerung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen seien diese Informationen wichtig. Er erwarte nunmehr, dass spätestens Anfang 2019 ein Bericht im SGA vorgelegt werde.

Frau Weißenfeld schließt sich den Ausführungen von Vorsitzendem Herrn Hood an. Darüber hinaus bittet sie um eine Aufstellung, über die Jugendhilfeträger und anderen gemeinnützigen Organisationen, die unter Punkt 3 des Beschlussvorschlages der vorliegenden Vorlage gemeint seien.

Herr Holler-Göller unterstützt die Vorlage.

Herr Weber schließt sich Herrn Holler-Göller an. Er fordert allerdings auch einen zeitnahen Bericht über die Schulsozialarbeit in Bielefeld.

Herr Mueller sagt zu, die Forderung nach einem Bericht über die Schulsozialarbeit auch an Frau Schönemann weiterzugeben.

Frau Krutwage weist darauf hin, dass das Rahmenkonzept Schulsozialarbeit eine große Vielfalt beinhalte. Derzeit gebe es 110 feste Stellen an 82 Schulen. Die Bestandsaufnahme sei grundsätzlich abgeschlossen, jetzt werde noch einmal aktualisiert. Auf der Grundlage des Rahmenkonzeptes solle versucht werden, eine Struktur in Bielefeld zu etablieren, die die Akteure dauerhaft in die Lage versetze dieses Thema zu handhaben. Es werde derzeit mit den zuständigen Dezernenten abgestimmt und sie gehe davon aus, dass eine Berichterstattung spätestens im Januar 2019 erfolgen könne.

Vorsitzender Herr Hood sieht die Forderung des Ausschusses nach einem Bericht aufgrund der Themenkomplexität bestärkt. Für die anstehenden Verhandlungen zur kommenden Vertragsperiode der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sei es notwendig, die Schulsozialarbeit in ihrer Gesamtheit betrachten zu können.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1.**
Die Verwaltung wird vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt zum Haushalt 2019 beauftragt, die Arbeit der internationalen Klassen (IK) bzw. der Sprachfördergruppen in den Grund- und Sek.-I-Schulen und an den Berufskollegs weiterhin durch Schulsozialarbeit zu unterstützen und dafür die bestehenden Leistungsverträge mit Jugendhilfeträgern oder anderen gemeinnützigen Organisationen zu verlängern.
- 2.**
Die an die REGE mbH übertragene Schulsozialarbeit an den Berufskollegs wird ebenfalls weitergeführt.
- 3.**
Es gilt weiterhin ein Personalschlüssel von 0,2 Stellen je internationaler Klasse. Die (neuen) Leistungsverträge mit Jugendhilfeträgern oder anderen gemeinnützigen Organisationen sind auf (weitere) drei Jahre bis zum 31.01.2022 zu befristen.
- 4.**
Schulen, die genehmigte Mehrklassen einrichten, um Schülerinnen und Schüler aus internationalen Klassen bzw. Sprachfördergruppen in Regelklassen zu integrieren, erhalten bei Bedarf zusätzlich 0,2 Stellen je Mehrklasse. Eine Förderung dieser ab dem Schuljahr 2018/19 genehmigten Mehrklassen ist bereits im Haushaltsvollzug des Haushaltsjahres 2018 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel möglich.
- 5.**
Die Verwaltung wird beauftragt, die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanaufstellungen sicherzustellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Integrationsmonitoring – Daten zur Teilhabe von Bielefelderinnen und Bielefeldern mit Migrationshintergrund in den Jahren 2012 bis 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7199/2014-2020

Frau Dr. Klein stellt komprimiert die Ergebnisse des Integrationsmonitoring vor (**Anlage 6**). Das Monitoring sei ein Instrument, um die Integrationsentwicklung von Bielefelder Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund festzustellen.

Die Anwesenden äußern sich erfreut über die dargestellten Ergebnisse. Herr Weber und Frau Weißenfeld stellen die hohe Bedeutung dieses Zahlenwerkes für die Politik.

Fragen von Herrn Holler-Göller und Frau Bußmann werden von Frau Dr. Klein beantwortet.

Darüber hinaus bemängelt Herr Gugat die niedrige Quote der städt. Bediensteten mit Migrationshintergrund. Die Stadt als Arbeitgeber müsse Vorbild sein und Perspektiven bieten. Frau Dr. Klein macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Bielefeld bei ihren Beschäftigten ausschließlich den persönlichen Migrationshintergrund erfasse; nicht den familiären. Frau Adilovic appelliert an die Anwesenden, sich für die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung einzusetzen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10

Integration von Flüchtlingen in Bielefeld

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass die Bestrebungen, größere Unterkünfte schließen zu wollen, weiter fortschreiten. Aktuell solle bis Ende 2018 das ehemalige Handwerkerbildungszentrum (HBZ) aufgegeben werden. Dort lebten z. Zt. noch 80 Personen, die in neu eröffnete Solion-Bauten und dem Rütli umziehen würden. Die drei Familien mit minderjährigen Kindern würden im nahen Umfeld untergebracht, so dass Kita- und Schulbesuche weiterhin gut geregelt werden könnten.

Er hebt ausdrücklich hervor, dass die Johanniter ein großartiger Partner im HBZ gewesen seien. Frau Schulz und er hätten bereits persönlich den haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ihren Dank ausgesprochen.

Die Aufgabe des HBZ führe zu mittelfristigen Einsparungen in Höhe von ½ Mio. € jährlich. Darauf sei bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2019 hingewiesen worden.

Auf Nachfrage von Herrn Weber sagt Beigeordneter Herr Nürnberger zu, dass die Verwaltung bis zur November-Sitzung des SGA eine Übersicht erstellen werde, welche Einrichtungen noch genutzt würden und wie viele Personen dort untergebracht seien.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10.1 Der Arbeitsprozess "Bielefeld integriert" - Rückblick und Perspektiven

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7284/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Anhand eines Schaubildes (Seite 4 der Beschlussvorlage) erläutert er die neue Arbeitsstruktur von „Bielefeld integriert“. Ziel sei es, zukünftig nicht nur die Integration von geflüchteten Menschen zu betrachten sondern den gesamten Personenkreis der Zuwanderer. Hierfür werde es eine noch engere Zusammenarbeit zwischen dem Sozialdezernat, dem Kommunalen Integrationszentrum und dem Schuldezernat geben.

Auf Nachfrage von Frau Gorsler führt Frau Hopster aus, dass die Umsetzung der Kinderbetreuung während der Zeit eines Sprachkurses teilweise ein Akzeptanzproblem der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sei. Soweit ein Brückenprojekt angegliedert sei, funktioniere es besser, weil Vertrauensverhältnisse zwischen Eltern und Erzieher aufgebaut werden könnten.

Herr Holler-Göller, Herr Weber, Frau Gorsler, Herr Gugat und Frau Bußmann begrüßen die Fortführung und Zielanpassung des Konzeptes. Alle heben hervor, dass der Integrationsprozess der geflüchteten Menschen in Bielefeld sehr gut gelungen sei.

Nach Auffassung von Frau Hopster konnte der Gesamtprozess Bielefeld integriert so gut gelingen, weil in der Sache unabhängig von Hierarchien zusammengearbeitet worden sei.

Im Namen des Sozial- und Gesundheitsausschusses bedankt sich Vorsitzender Herr Hood bei allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren, die sich in die Umsetzung von „Bielefeld integriert“ eingebracht hätten; auch über den üblichen Zeitrahmen hinaus.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss wie folgt zu beschließen:

1. Der Bericht über den Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Prozess wie dargelegt weiterzuführen und die Herausforderungen im Kontext von Zuwanderung, Integration und Zusammenleben in der Ge-

sellschaft in enger Zusammenarbeit mit Trägern, Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu bearbeiten.

3. Über die Umsetzung ist regelmäßig in den Fachausschüssen zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern Zeitraum 2017-2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7300/2014-2020

Über die Vorlage hinaus gibt es keine weiteren Informationen der Verwaltung.

Frau Weißenfeld und Herr Holler-Göller bewerten die Vorlage als sehr hilfreich für die Verhandlungen zur nächsten Vertragsperiode.

Frau Bußmann fordert, dass nicht nur tarifbedingte, sondern auch altersbedingte Höhergruppierungen bei den Personalkosten übernommen werden. Weiterhin solle die Anpassung der Sachkostensteigerungen nicht nur im Jugendhilfebereich, sondern in allen Leistungsbereichen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen umgesetzt werden.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Herrn Hood bezüglich der Zusammenarbeit mit den Trägern der offenen Seniorenarbeit führt Frau Krutwage aus, dass im Rahmen von dialogischen Gesprächen ein laufender Austausch stattfindet. Bei der Entwicklung des Rahmenkonzeptes der offenen Seniorenarbeit würde immer wieder deutlich, dass für das beschlossene hohe Niveau des Konzeptes die zur Verfügungen gestellten finanziellen Mittel nicht ausreichen. Beigeordneter Herr Nürnberger weist ergänzend darauf hin, dass im Haushaltsplan 2019 des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention zusätzliche Mittel dafür vorgesehen seien. Sollten diese Finanzmittel nicht bereitgestellt werden, müsse das Konzept überdacht werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen **- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Vorsitzender Herr Hood beendet die Sitzung um 20.00 Uhr.

Hood
(Vorsitzender)

Krumme
(Schriftführerin)